

DIE WELT

15.05.14

Klimaschutz

Für den Klimaschutz bringt die Energiewende nichts

Die deutschen Energieversorger sind die größten CO₂-Sünder. Nach neuesten Daten sind ihre Emissionen trotz der Energiewende 2013 gestiegen. Für die Erreichung der EU-Ziele ist das aber unerheblich. Von [Daniel Wetzel](#)

Die Energiewende hat bislang nicht zu einem messbaren deutschen Erfolg im Klimaschutz geführt. Nach den neuen Zahlen der Europäischen Union und des Umweltbundesamtes haben die deutschen Kraftwerke im vergangenen Jahr rund zwei Prozent mehr Kohlenstoffdioxid (CO₂) emittiert, als im Jahr zuvor. Das Gas steht im Verdacht, zu einer unheilvollen Erderwärmung beizutragen.

Die jetzt veröffentlichte deutsche CO₂-Bilanz ist für den europäischen Klimaschutz wichtig, weil die hiesigen Industrieanlagen und Kraftwerke für gut ein Fünftel der gesamten europäischen Kohlendioxid-Emissionen stehen. Innerhalb Deutschlands sind es vor allem die Kohlekraftwerke, die für den weitaus größten Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich sind.

"Die Kraftwerke von E.on, [RWE](#) (Link: <http://www.welt.de/127021388>) , Vattenfall und EnBW verursachen zusammen 70 Prozent der Emissionen", erklärte das Umweltbundesamt (UBA): Insbesondere seien "die Emissionen der [RWE](#) (Link: <http://www.welt.de/boerse/aktien/RWE-AG-DE0007037129.html>) - und Vattenfall-Anlagen weiterhin auf hohem Niveau und haben auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 kaum nachgelassen."

RWE hat die schmutzigsten Kraftwerke

Nach Angaben der Deutschen Emissionshandelsstelle (Dehst) finden sich auf der Liste der zehn größten CO₂-Emittenten Deutschlands jeweils vier Kraftwerke von RWE und Vattenfall sowie eines von E.on. Auf der Liste ist nur ein Industriebetrieb verzeichnet: Das Hüttenwerk von Thyssenkrupp in Duisburg. Größter deutscher Emittent von Kohlendioxid ist das RWE-Kraftwerk Neurath, das im Jahr 2012 rund 31,2 Millionen Tonnen CO₂ ausstieß, dicht gefolgt vom RWE-Kraftwerk Niederaußem mit 27,9 Millionen Tonnen.

Der gestiegene deutsche Kohlendioxid-Ausstoß im vergangenen Jahr ist ein Beleg dafür, dass die Abschaltung der CO₂-frei produzierenden deutschen Atomkraftwerke bislang nicht durch den Zubau an wetterabhängigen erneuerbaren Energien ausgeglichen werden konnte. Kohlekraftwerke mussten verstärkt herangezogen werden, um die Grundlast der deutschen Stromnachfrage zu decken.

Europäische Klimaschutzziele werden erreicht

Zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele sind die Mehremissionen der deutschen Kraftwerke allerdings kein Problem. Denn die Anlagen nehmen am europäischen Emissionshandel teil, der eine feste Obergrenze für alle europäischen Kraftwerksemissionen beinhaltet. Weil die Zahl der ausgegebenen Emissionsrechte streng begrenzt ist, muss am Ende an anderer Stelle in Europa das eingespart werden, was in Deutschland mehr emittiert wurde.

Der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) erklärte, die Zahlen belegten das gute Funktionieren des Emissionshandels: So seien die Emissionen der deutschen Anlagen, die an dem

Handelssystem teilnehmen, in der zweiten Handelsperiode zwischen 2008 und 2012 jährlich um 1,3 Prozent oder 6,9 Millionen Tonnen CO₂ gesunken. "Nicht nur der europäische Emissionshandel insgesamt, auch der teilnehmende deutsche Sektor liefern also die auf EU-Ebene vorgegebene Klimaschutzleistung", erklärte der BVEK-Vorsitzende Jürgen Hacker.

Insgesamt nahmen im vergangenen Jahr 1929 Anlagen in Deutschland am Emissionshandel teil, die Hälfte davon Industrie-Anlagen. Während den Industrieanlagen ein Teil der handelbaren Emissionsrechte frei zugeteilt wird, müssen Kraftwerksbetreiber seit Anfang 2013 erstmals ihren kompletten Bedarf an Verschmutzungsrechten in einer staatlich Auktion erwerben.

Ab 2013 funktioniert der Zertifikatehandel anders

Der Beginn der dritten Emissionshandelsperiode, die von 2013 bis 2020 reicht, markiert einen grundlegenden Wandel in der Funktionsweise des europäischen Zertifikatehandels: Erstmals gibt es kein nationales Emissionshandelsbudget mehr, sondern nur noch ein EU-weites Gesamtbudget ("Cap"). Deshalb sind die am EU-Emissionshandel teilnehmenden deutschen Anlagen und Kraftwerke nicht mehr Objekt der Emissionsminderungspolitik der Bundesregierung, die sich parallel zu den europäischen eigene, nationale Ziele gesetzt hatte.

Das europäische Gesamtbudget an Emissionsrechten, das für das Jahr 2013 zur Verfügung stand, betrug 2,04 Milliarden Kohlendioxid-Äquivalente. Dieses Budget reduziert sich bis zum Ende der Handelsperiode 2020 um jährlich 1,74 Prozent. Diese Reduzierung zwingt die teilnehmende Industrie, sofern sie je nach Branche an einer Unterausstattung mit Emissionsrechten leidet, zu technischen Klimaschutzmaßnahmen im Betrieb. Allerdings ist der CO₂-Minderungspfad bis 2020 wenig anspruchsvoll, so dass ein Großteil der Emissionsminderung schon allein durch die normale Modernisierung von Kraftwerken und Industrieanlagen erreicht wird.

An dem europäischen Gesamtbudget von 2,04 Milliarden Emissionsrechten haben deutschen Unternehmen einen rechnerischen Anteil von durchschnittlich 416 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten pro Jahr. Auf den Bereich Industrie entfallen davon rund ein Viertel, auf den Bereich Kraftwerke rund drei Viertel.

Emissionshandel auch für Lachgas und PFC

Mit tatsächlichen Emissionen von 481 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten im Jahre 2013 haben die deutschen Unternehmen diesen Wert überschritten. Sie treten deshalb am Markt für Emissionsrechte mehrheitlich als Käufer auf. Die aufgekauften Zertifikate werden von anderen europäischen Unternehmen angeboten, die entweder in Klimaschutz-Technik investiert haben oder aber aus wirtschaftlichen Gründen ihre Produktion zurückfahren mussten und deshalb ungenutzte Emissionsrechte übrig haben.

Zu den Regeländerungen in der neuen Emissionshandelsperiode gehört auch, dass weitere Gase, die zum Klimawandel beitragen, in das Gesamtbudget eingerechnet werden. Dazu gehört jetzt etwa auch Distickstoffoxid oder "Lachgas", das pro Einheit 300-fach klimaschädlicher ist als CO₂, oder auch perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC), die das Klima pro Volumeneinheit sogar 6000 mal stärker schädigen als CO₂. Die europäischen Treibhausgas-Emissionen werden zur besseren Vergleichbarkeit deshalb in "CO₂-Äquivalenten" angegeben.

Zu den Branchen, die 2013 zum ersten mal am Emissionshandel teilnehmen gehören, gehört die Nichteisen-Metallverarbeitung, die Aluminium-Herstellung sowie die Produktion von Salpetersäure und Ammoniak in der Chemieindustrie.

Branchen mit unterschiedlichen Zertifikatezuweisungen

Die einzelnen Wirtschaftsbranchen wurden im vergangenen Jahr stark unterschiedlich mit Emissionsberechtigungen ausgestattet. So emittierten die 155 Anlagen der Keramik-Industrie zum Beispiel im vergangenen Jahr 2,13 Millionen Tonnen CO₂. Die Branche wurde allerdings nur mit 1,99 Millionen Emissionsberechtigungen ausgestattet. Die Differenz von sieben Prozent muss die Branche durch Zukäufe von Emissionsrechten ausgleichen, oder durch Einsatz von Klimaschutz-Technologien.

Demgegenüber erhielten die 37 Anlagen der Nichteisen-Metallindustrie mehr Emissionsrechte, als sie zur Abdeckung ihrer Emissionen von 2,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid im vergangenen Jahr gebraucht hätte. Diese Branche hat ein Prozent mehr Anteile erhalten als benötigt. Die von ihr nicht benötigten 45.000 Emissionsrechte haben einen Marktwert von derzeit knapp 245.000 Euro.

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten